

## ÜBERSICHT

### AUSSENPOLITIK

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### (1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum

###### a) Politisches

Die Bundestagswahl, und zwar sowohl die Modalitäten ihrer Durchführung als auch ihre Ergebnisse, fanden in der chinesischen Presse ein breites Echo und wurden sachlich wiedergegeben (XNA, 9. und 10.10.80). Auch das zweite wichtige Ereignis auf deutscher Bühne im Berichtszeitraum, nämlich die Erhöhung der Visagebühren für Reisende in die DDR und die scharfe Reaktion der Bundesregierung auf diese einseitige Maßnahme, wurde ausführlich wiedergegeben, ohne daß sich an solche Berichte allerdings eine Stellungnahme anschloß. Die Art und Weise der Anordnung des Faktenmaterials läßt jedoch leichte Sympathien für den bundesrepublikanischen Standpunkt erkennen (XNA, 13. und 17.10.80).

In den Bereich der "Politik" - genauer der Volksdiplomatie - fällt auch, zumindest wenn man den publizistischen Aufwand in Betracht zieht, die Übergabe der beiden Pandabären Bao Bao (Männchen) und Tian Tian (Weibchen) an den Berliner Zoologischen Garten. Pandabären - chinesisch: "Barenkatzen" (Xiongmao) - sind rar geworden (in Westsichuan gibt es höchstens noch an die tausend freilebende Tiere) und unterliegen daher strengen Schutzbestimmungen. Wenn die chinesische Regierung gleichwohl diese possiblen Tiere, die sich von Bambusschößlingen ernähren und bis zu 120 kg schwer werden, an andere Regierungen verschenkt, so ist dies ein Zeichen allerhöchster Aufmerksamkeit und Freundschaft. Deutschland ist eines der neun Länder, die das Wappentier des World Wildlife Fund zum Geschenk erhielten. Ein Xinhua-Artikel (XNA, 4.11.80) gibt Auskunft über den Einfangort und über die artigen Charaktereigenschaften der beiden Tiere, die Purzelbäume schlugen und sich beim Schlafen liebevoll aneinanderkuschelten. Bei der Übergabeceremonie in der Hauptstadt der Provinz Sichuan, Chengdu, zu der der deutsche Botschafter Günther Schoedel eigens angereist war, "kletterte Tian Tian auf den Mast einer Stange und schaute nochmals um sich, als ob er sein Heimatland noch einmal genau anschauen wollte, bevor er es verließ. Die Tierwärter kämmt den Pandas das Haar und bürsteten sie noch einmal für die Übergabeceremo-

nie" (XNA, 4.11.80). Anschließend wurden die Pandas mit einem Sonderflugzeug nach Westberlin geflogen - und zwar in Begleitung von drei Wärtern, die dem deutschen Aufseher Pflegeanweisungen geben sollten. Da in Deutschland keine Bambusschößlinge zur Verfügung stehen, ist den Pandas eine Sondernahrung aus Reis, Rindfleisch, Milch, Honig und Zucker, Äpfeln, Spinat und Vitaminen zu verabreichen. Man sieht: Das Panda-Geschenk war ein Staatsakt.

###### b) Wirtschaftliches

Ende Oktober fand in Bonn die erste Sitzung der deutsch-chinesischen Kommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit statt, die auf deutscher Seite vom Bonner Forschungsministerium, auf chinesischer Seite von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik beschiedt wurde. Die Kommission ist oberste Instanz für die Förderung und Koordination von Forschung und Technologie in der VR China.

Grundlage für die Zusammenarbeit beider Länder auf technologisch-wissenschaftlichem Gebiet ist ein im Oktober 1978 in Bonn unterzeichnetes Regierungsabkommen, das inzwischen durch zahlreiche Kooperationsformen ausgefüllt wurde. Im Vordergrund stehen fünf Ressortabkommen, die Minister Volker Hauff bei seinem China-Besuch im November 1979 unterzeichnete und die sich auf die Zusammenarbeit bei der Energieplanung, der Rohstoff- und Materialforschung sowie der Erzgewinnung und der Suche nach Kohle, Öl und Gas erstrecken. Bei der dreitägigen Sitzung in Bonn kam es zu Vereinbarungen über die gemeinsame Entwicklung und Erprobung von Systemen zur Nutzung der Energiequellen Sonne, Wind und Biomasse für landwirtschaftliche Einheiten in China. Wichtigster Experimentierort soll ein Dorf nahe Beijing sein, das als "Pilotvorhaben" bis 1982 ausgebaut werden soll. Bei der Nutzung der Ergebnisse will China bevorzugt mit deutschen Unternehmen zusammenarbeiten.

Fortschritte auch bei der Berufsausbildung. Hier steht vor allem das Land Baden-Württemberg im Vordergrund. 1982 soll die erste Berufsbildungseinrichtung, die die VR China in Zusammenarbeit mit einem ausländischen Partner - eben dem Land Baden-Württemberg - errichtet, in Betrieb genommen werden. Zweck dieser Insti-



tution ist es, chinesische Lehrkräfte in der Bundesrepublik auszubilden. Die Vereinbarung für das Projekt wurde nach mehrtägigen Verhandlungen mit dem 1. Maschinenbauministerium in Beijing geschlossen. Sie sieht u.a. vor, daß der Ausbildung der chinesischen Fachkräfte ein deutscher Sprachkurs in der Bundesrepublik vorausgeht. Eine aus deutschen und chinesischen Experten bestehende Arbeitsgruppe wird den Lehrplan erarbeiten und geeignetes Unterrichtsmaterial zusammenstellen. Das Ausbildungszentrum soll in Beijing gebaut werden. Ab 1982 sollen dort bis zu zwanzig Facharbeiter jährlich in den Bereichen Werkzeugmacher und Elektrotechniker ausgebildet werden. Ein Lehrgang dauert etwa drei Jahre. Hinzu kommt ein Ausbildungslehrgang von zwölf Monaten für rund zwanzig mittlere betriebliche Führungskräfte. Die Vereinbarung sieht darüber hinaus vor, daß die in dem Berufsbildungszentrum ausgebildeten Fachkräfte vornehmlich in solchen chinesischen Betrieben eingesetzt werden sollen, die mit baden-württembergischen Firmen Lizenz- oder andere Kooperationsverträge abgeschlossen haben.

Nach Aufhalten in den Jahren 1975, 1977 und 1978 reiste der hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP) Mitte Oktober erneut nach China, um sich abermals als "Türöffner für die Wirtschaft" zu betätigen. Er führte Gespräche in Beijing sowie in den Provinzen Jiangxi und Liaoning über die Möglichkeit wirtschaftlicher Kooperationen zwischen chinesischen Stellen und deutschen Unternehmen. U.a. traf er mit dem Minister der Staatlichen Kommission für Investbau, Gu Mu, in Beijing zusammen. Interessant für die deutsche Wirtschaft wäre eine Beteiligung bei der Verbesserung der mangelhaften Infrastruktur und Energieversorgung, also vor allem im Eisenbahn-, Hafen-, Flug- und Energieerzeugungsbereich. Die deutsche Wirtschaft wäre interessiert an der Nutzung von Bauxitvorkommen in der Provinz Henan. Ansatzpunkte wären ferner die Telefonkommunikation, Pumpen für aggressive Substanzen, Steinbruchtechnik und Lokomotiven.

Während des Berichtszeitraums kam es auch auf einem Symposium, das von der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer (DSE) veranstaltet wurde, zu einem zweiwöchigen Seminar über Joint Ventures und industrielle Entwicklung in Beijing.

Als erstes deutsches Unternehmen wird die Dr.ing.K.Busch KG, Maulburg, einen als Joint Venture aufgezogenen Fertigungsbetrieb in der Volksrepublik gründen. Das Unternehmen soll zunächst Vakuumpumpen, später aber auch ganze Vakuumsysteme und Kompressoren herstellen. Ein entsprechender Vertrag wurde von der General Machinery Corp. in Shanghai unterzeichnet und bereits der CITIC zur Genehmigung vorgelegt. Das Abkommen soll bis zum Jahr 2000 laufen.

In Tianjin fand im Oktober eine zehntägige Ausstellung von medizinischen Geräten statt, an der ausschließlich deutsche Firmen, und zwar

siebzig Unternehmen, teilnahmen. Insgesamt besuchten 40.000 Wissenschaftler und Mediziner die Ausstellung (XNA, 18.10.80).

### c) Kulturelles und Sport

Im Oktober unterzeichneten der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Kurt Müller, und der chinesische Vizeminister für Kultur das 5. Kulturaustauschprogramm in den Bereichen Wissenschaft, Hochschulen und Sprachförderung. Beide Seiten bieten mit dem Austauschprogramm Wissenschaftlern und Studenten weitere Studienplätze und Stipendien an und setzen den Austausch von Dozenten und Lektoren fort. Das Programm für 1981 sieht außerdem den Austausch von Gastspielen und Ausstellungen vor. Anfang 1981 soll u.a. die erste große archäologische Ausstellung aus China in der Bundesrepublik stattfinden. Im Frühjahr 1981 wird außerdem eine deutsche Filmwoche in China und eine chinesische in der Bundesrepublik veranstaltet. Die Sportorganisationen beider Länder sollen Einzelheiten des Sportaustausches für 1981 vereinbaren.

Zu den bemerkenswertesten Aktivitäten des Jahres 1980 gehörte die Aufführung des Schauspiels "Das Teehaus" von Lao She, das am 30. September zum ersten Mal in Mannheim und anschließend in fast allen größeren deutschen Städten gegeben wurde (XNA, 2.10.80). Das Teehaus ist ein Ort, in dem sich fünfzig Jahre chinesischer Geschichte widerspiegeln. Die "armen Leute von Beijing", die sich noch an bessere Zeiten erinnern, werden Opfer der Korruption und Rechtlosigkeit, die mit dem Sieg der Guomindang aufkamen - so wenigstens aus der Sicht des Autors. Das "Teehaus" gilt als herausragendes Beispiel für das seit der Vertreibung der "Viererbande" wiedererblühte chinesische Sprechtheater. Der deutsche Zuschauer bekam hier Theater zu sehen, das seinen Sehgewohnheiten nicht allzu fremd ist. Die Teilnahme wurde noch dadurch erleichtert, daß Synchronanlagen verfügbar waren, über die die nötigsten Informationen auf deutsch geliefert wurden.

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens entwickeln sich die Lehreinrichtungen Nordrhein-Westfalens nach und nach zum Schwerpunkt für die Kontakte der Bundesrepublik mit China. Dies stellte am 27. Oktober der Staatssekretär im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium fest, der die Bundesländer-Kommission für den Wissenschaftsaustausch mit China leitet. Nach seinen Aussagen laufen die bereits vorhandenen Beziehungen über die Hochschulen in Aachen, Bochum, Essen und Dortmund; Die TH Darmstadt und die Universität Heidelberg haben sich inzwischen angeschlossen.

Auch auf dem Gebiet des Rundfunkwesens soll es zu einer verstärkten Zusammenarbeit kommen. Dafür sprach sich der chinesische stellvertretende Außenminister Han Nianlong in Beijing während eines Treffens mit dem Intendanten des Senders Freies Berlin, Wolfgang Haus, aus. Bei



den Verhandlungen in Beijing ging es um eine Intensivierung der aktuellen Berichterstattung über China und um den Ausbau des Programmaustausches im Rahmen des 1979 mit der ARD geschlossenen Kooperationsabkommens. Verstärkt sollen in den nächsten Jahren chinesische Rundfunkmitarbeiter an Fortbildungskursen in der Bundesrepublik teilnehmen können.

Ein Team aus fünf deutschen und sechs chinesischen Paläontologen hat bei einer 12-Tage-Expedition in der Inneren Mongolei Mammutfossilien gefunden, die in Beijing ausgewertet werden sollen. Die Expedition schloß an eine alte Kooperationstradition an: Schon in den zwanziger Jahren hatte Prof. Max Schlosser im gleichen Bereich Ausgrabungen durchgeführt (XNA, 9.10.80).

Auf dem Gebiet des Sports kam es zu Wettkämpfen zwischen Eishockeyspielern und Fechtern (XNA, 22.10. und 14.11.80).

-we-

## WESTEUROPA

### (2) Besuch des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in China

Vom 15.-21. Oktober besuchte der französische Präsident die VR China und wurde dabei u.a. vom Parteivorsitzenden Hua Guofeng, dem Ministerpräsidenten Zhao Ziyang und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping zu mehrstündigen Gesprächen empfangen.

Bei den Gesprächen über die internationale Lage zeigten sich beide Seiten übereinstimmend besorgt über den Zustand in Afghanistan, Kambodscha und an der iranisch-irakischen Grenze, ohne daß die französische Seite allerdings je in offiziellen Gesprächen und Verlautbarungen die Sowjetunion beim Namen genannt hätte.

Es gab auch eine Reihe von Nichtübereinstimmungen: Den Aufforderungen Chinas nach einer vereinten antihegemonistischen Front setzte der Präsident seine Entspannungsforderungen entgegen. Gegenüber Giscard's Vorstellungen von einer "multipolaren" Welt, in der neben den beiden Supermächten nicht nur China, sondern auch Europa eine eigenständige Rolle spielen sollte (XNA, 16.10.80), zeigten sich die Chinesen skeptisch: Ihnen wäre es lieber, wenn Europa, vor allem Frankreich, stärker mit den USA im antihegemonistischen Geist zusammenarbeiteten. Von den französischen Alleingängen ist Beijing m.a.W. nicht besonders begeistert.

Schließlich wurde auch die den chinesischen Partner so sehr interessierende Waffenlieferungsfrage nicht angesprochen, zumindest nicht offiziell. Auf jeden Fall betonte der Präsident, daß Fragen der militärischen Ausrüstung

bei seinem Besuch nicht diskutiert worden seien (AFP in SWB, 20.10.80). Es ist freilich kein Geheimnis, daß Frankreich, der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, und China hier seit langem konkrete Kontakte unterhalten. Beijing interessiert sich vor allem für Panzerabwehrraketen (Typ Milan und Hot) sowie für den Panzer Crotale.

Ein weiterer Punkt der Nichtübereinstimmung ist die Kambodscha-Politik Frankreichs: Paris hat sich bisher geweigert, die Regierung des demokratischen Kampuchea als legitime UNO-Vertreterin anzuerkennen.

Offiziell erklärte Giscard nach seiner Rückkehr am 22. Oktober, daß er mit seinem Besuch drei Hauptziele angestrebt habe, nämlich die Entwicklung von Konsultationen auf höchster Ebene, ferner die Sicherung der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen und schließlich die Förderung des geistigen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausches mit China. Er, Giscard, habe diese Ziele erreicht (XNA, 22.10.80).

- Was den ersten Punkt anbelangt, so vereinbarten beide Seiten, im Bedarfsfall Konsultationen auf Ministerebene durchzuführen sowie einen regelmäßigen Meinungsaustausch über wichtige internationale Fragen zu pflegen. Ferner wurde am 17. Oktober in Beijing ein Konsularabkommen unterzeichnet, das die Errichtung von Konsulaten in Shanghai und Marseille vorsieht. Die Chinesen hatten bereits vor dem Besuch des Präsidenten für das Konsulat ein großräumiges Gebäude in der besten Lage Shanghais ausgewählt. Damit sind die Franzosen in dieser Angelegenheit bereits weiter vorgestoßen als die Deutschen.

- Was den wirtschaftlichen Bereich anbelangt, so waren beide Seiten angeblich "zufrieden" über die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen. Diese Versicherung war wohl eher eine Höflichkeitsfloskel; denn die Franzosen hatten sich in den letzten Jahren alles andere als zufrieden gezeigt. Man hatte sich französischerseits mehr erhofft, nachdem de Gaulle bereits 1964 in einer damals noch kühnen Aktion die chinesische Regierung anerkannt hatte. Der Handel zwischen den beiden Ländern entwickelte sich zwar zwischen 1970 und 1975 zufriedenstellend, begann jedoch dann zu stagnieren. Von 5% im Jahre 1976 ging Frankreichs Anteil am chinesischen Markt 1978 auf 1,5% zurück. Im Jahre 1978 beliefen sich die französischen Exporte nur auf rund 1,4 Mrd. frs; im ersten Halbjahr 1980 wies die französische Handelsbilanz sogar ein Defizit in Höhe von 466 Mio. frs. gegenüber China aus. Dabei hatten die Franzosen nichts unversucht gelassen, um die wirtschaftlichen Aspekte lichter erscheinen zu lassen. Seit Ende 1978 waren zahlreiche chinesische Delegationen nach Frankreich gekommen. Inzwischen wurden in Frankreich 60 Hubschrauber, ferner Radarsysteme, Kontrollgeräte für die Luftfahrt, für die mechanische Ausrüstung eines Stahlwerks, für Kraftwerksturbinen und für ein Braunkohlekraftwerk bestellt.



Für die Zukunft erhofft sich Frankreich vor allem in drei Bereichen Erfolge, nämlich bei den Öllieferungen (französische Ölkonzerne erhielten bereits Schürfaufträge für Offshore-Vorkommen vor der chinesischen Küste), im Kfz-Bereich (Verhandlungen der staatlichen Renault-Werke über die Errichtung von drei Lkw-Werken mit einer jährlichen Kapazität von 10.000 Fahrzeugen und 15.000 Dieselmotoren) und auf dem Gebiet der Atomkraftwerke (BfA/NfA, 14.10.80). In der Tat wurden auf dem zuletzt genannten Sektor von Giscard die bedeutendsten Erfolge erzielt. Es kam nämlich zu einem bilateralen Abkommen über den Import kompletter Kraftwerksanlagen aus Frankreich und über eine diesbezügliche technische Zusammenarbeit. Allerdings handelt es sich hier nur um eine grundsätzliche Vereinbarung, keineswegs um einen Liefervertrag, dessen Einzelheiten erst noch ausgearbeitet werden müssen (XNA, 18.10.80).

Bereits vorher war eine gemeinsame französisch-chinesische Gesellschaft zur Erzeugung von Mais- und Sonnenblumensamen gegründet worden - allerdings auf privater Ebene. Ein französisches Unternehmen ist zu 50% am Kapital beteiligt (Le Monde, 15.10.80). Der französische Cognac-Hersteller Remy Martin wird, ebenfalls im Rahmen eines Joint Ventures, Wein höherer Qualität in der VR China erzeugen. Die Produktion soll schrittweise von 100.000 auf 1 Million Flaschen jährlich angehoben werden. Die VR China stellt die Gebäude, die Energieversorgung und die Arbeitskräfte, Remy Martin die Technologie und die Ausrüstung. In den Freundschaftsläden der Volksrepublik zeigen sich bereits erste Auswirkungen dieses Abkommens: Überall wird Remy-Martin-Cognac angeboten.

- Auf kulturellem Gebiet kam es zwar nicht zum Abschluß eines entsprechenden Abkommens, wohl aber zum Zusammentreffen Giscard mit chinesischen Intellektuellen (XNA, 17.10.80), zu einer Ansprache Giscard vor Shanghai Studenten und zu einem Besuch des französischen Präsidenten in Xi'an - einer Stadt, die nicht nur jahrhundertlang chinesische Hauptstadt war, sondern in der z.Zt. auch die größten archäologischen Funde ans Tageslicht gebracht werden. Giscard erwies hier dem kulturellen China seine Reverenz. Außerdem besuchte Giscard noch die tibetische Hauptstadt Lhasa. Dieser letztere Besuch war zwar als "privat" bezeichnet worden, doch fand sich in der Begleitung des Präsidenten immerhin kein geringerer als der chinesische Außenminister Huang Hua.

Im Nachklang zum Giscard-Besuch wurde am 23. Oktober in Paris ein Akupunkturinstitut eröffnet (XNA, 25.10.80).

Am Rande seines Beijing-Besuchs traf Giscard auch mit Prinz Norodom Sihanouk zusammen, der den französischen Präsidenten bat, seinen Einfluß dahingehend zu verwenden, daß UN-Blauhelme oder irgendeine andere internationale Gruppierung für den Fall bereitgestellt werde, daß die vietnamesischen Streitkräfte sich aus Kambodscha zurückziehen (AFP in SWB, 20.10.80).

Die zentrale Rundfunkanstalt von China und die Nationale Rundfunkanstalt von Frankreich unterzeichneten am 4. Oktober ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Rundfunkgebiet. Beide Seiten wollen aufgezeichnetes Material auf dem Gebiet des kulturellen Lebens und der Musik austauschen (XNA, 4.10.80).

-we-

### (3) Chinabesuch des niederländischen Ministerpräsidenten

Vom 28. Oktober bis 4. November besuchte der niederländische Ministerpräsident Andreas van Agt die VR China. Van Agt traf mit den Spitzen von Partei und Regierung, Hua, Deng und Zhao, zusammen. Auch hier standen die Lage im Mittleren Osten, in Afghanistan, in Kambodscha, in Europa und besonders der iranisch-irakische Konflikt im Mittelpunkt.

Am 30. Oktober wurden zwei Abkommen unterzeichnet:

- Das Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit legt u.a. fest, daß die Kooperation zwischen den beiden Ländern die Bereiche Industrie, Bergbau, Energie, Abwasserreinigung, Wasserversorgung, Handel, Landwirtschaft, Gartenbau, Infrastruktur, Kommunikationswesen und Bauwesen umfassen soll.

- Im Kulturabkommen sind die Zusammenarbeit von Museen, Bibliotheken und Kunstgalerien, der Austausch von Gelehrten, Künstlern und Kulturgruppen, der Austausch von audiovisuellen Materialien sowie literarischen und künstlerischen Informationen, der Austausch von Studenten und Forschern sowie ein verstärkter Kontakt zwischen den Lehranstalten beider Länder vorgesehen (XNA, 31.10.80).

Anders als Giscard d'Estaing scheute sich van Agt nicht, die Sowjetunion im Zusammenhang mit Afghanistan und Kambodscha beim Namen zu nennen. Zur Freude der Chinesen betonte er, daß der heutige Zustand in Afghanistan und Kambodscha nicht als fait accompli hingenommen werden dürfe (XNA, 28.10.80).

-we-

### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

#### Das chinesisch-sowjetische Verhältnis: Grenzzwischenfall; "Pferdewechsel" im Kreml

Am 6. Oktober sandte das chinesische Außenministerium eine Note an die sowjetische Botschaft in Beijing und protestierte gegen einen blutigen Zwischenfall an der sino-sowjetischen Grenze: Am 5. Oktober 1980 hätten vier sowje-



tische schwerbewaffnete Soldaten den sino-sowjetischen Grenzfluß Ergun in einem Motorboot überquert und seien in eine Viehzuchtfarm in der Autonomen Region Innere Mongolei eingedrungen. Dort hätten sie versucht, einen Schäfer zu entführen. Als dieser sich wehrte, sei er totgeschossen worden. Auf dieses Geräusch hin seien chinesische Grenzsoldaten herbeigeeilt und hätten einen der "sowjetischen Mörder" erschossen. Die anderen drei hätten unter Zurücklassung ihrer Ausrüstung wieder auf die sowjetische Seite hinüber fliehen können (XNA, 18.10.80). Dies sei einer von mehreren Vorfällen, die sich in letzter Zeit ereignet hätten. Offensichtlich suche die Sowjetunion jeden Anlaß zu Spannungen. Als es im Jahre 1969 zu zwei schweren Grenzzwischenfällen zwischen China und der Sowjetunion kam, eröffnete Beijing eine Liste, aus der hervorging, daß es in der Zeit zwischen 1964 und 1969 zu rund 1.500 Schießereien an der beiderseitigen Grenze gekommen war. An einer solchen systematischen Liste fehlte es bislang. Offensichtlich nimmt man auf beiden Seiten Reibereien im Grenzverkehr mit einer gewissen Gelassenheit hin.

Zum Führungswechsel im Kreml: Am 23. Oktober wurde von der Sowjetunion eine Regierungsumbildung bekanntgegeben, die zu den wichtigsten personellen Verschiebungen seit 1964 führte, jenem Jahr also, als Breschnew an die Stelle Chruschtschows trat. U.a. wurde ein Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten Kossygin angenommen. An die Stelle Kossygins trat Nikolaj Tichonow. Der chinesische Kommentator weist darauf hin, daß Breschnew die Arbeit Kossygins, der immerhin 16 Jahre lang Chef der sowjetischen Regierung war, mit keinem Wort gewürdigt habe. Es wurden keine Lobreden auf Kossygin gehalten wie sonst, wenn ein sowjetischer Führer "aus Gesundheitsgründen" sein Amt abgibt. Kossygin war immerhin die Nr. 2 in der Troika Breschnew, Kossygin, Podgorny. Seit 1968 habe Kossygin offenbar in verschiedenen innen- und außenpolitischen Fragen im Widerspruch zu Breschnew gestanden. Podgorny, Nr. 3 im einstmaligen Dreigestirn, wurde 1977 seines Amtes als Staatschef enthoben; Breschnew selbst übernahm damals seinen Posten. "Nach Kossygins Rücktritt bleibt nunmehr die bloße Ein-Mann-Herrschaft" (XNA, 25. und 29.10.80). Tichonow, der sich bereits in den dreißiger Jahren mit Breschnew "verbrüdet" hatte, sei auffällig schnell befördert worden: 1976 vom Vizevorsitzenden des Ministerrats zum Ersten Vizevorsitzenden, 1978 zum Kandidaten des Politbüros und 1979 schließlich zum Mitglied des Politbüros. Der Xinhua-Kommentar schließt mit einer Bemerkung, die letztlich auch ein chinesisches Problem reflektiert. "Wenn das Breschnew-System noch weitere fünf Jahre fortgesetzt wird, ist er selbst 79 Jahre, der zweite Mann an der Macht, M.A. Suslow, 83 Jahre und A.P. Kirilenko, 79 Jahre alt. Angesichts dieser Altersstruktur werden die personellen Veränderungen nach Breschnew problematisch werden. Kossygins Abtritt ist nur ein Vorspiel dafür" (ebenda).

- Wachsende Militärausgaben: Xinhua (in SWB, 5.11.80) verweist auf einen "unklassifizierten NATO-Bericht" über militärische Rüstungsausgaben für die Jahre 1970-79 und auf eine von dort ausgehende Prognose. Danach hat die Sowjetunion - weit davon entfernt, Abrüstung zu betreiben - ihre Rüstungsausgaben bis zum Jahre 1985 sogar noch weiter ansteigen lassen. Bis zu diesem Jahr werden die Militärausgaben vermutlich jährlich um reale 4% steigen, was soviel bedeutet, daß die Sowjetunion im Jahre 1985 15% ihres Bruttosozialprodukts ausgibt - und dieses ausgerechnet zu einer Zeit, da das Wirtschaftswachstum zurückgeht. Die Ausgaben für die sowjetischen Truppen, die entlang der chinesischen Grenzen stationiert sind, hätten sich zwischen 1969 und 1979 auf 10% der Gesamtausgaben belaufen.

Trotz aller Spannungen hat es sich der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses auch diesmal nicht nehmen lassen, dem Obersten Sowjet und dem Ministerrat der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem 63. Jahrestag der Oktoberrevolution ein Grußtelegramm zu senden. In dem Schreiben heißt es, daß beide Staaten sich auf der Grundlage der "Fünf Prinzipien der Koexistenz" um Normalisierung bemühen sollten (Radio Beijing in SWB, 8.11.80). Der Hinweis auf die fünf Koexistenzprinzipien zeigt erneut, daß China die Sowjetunion nicht mehr als sozialistischen Staat anerkennt.  
-we-

## NORDAMERIKA

### (5) Die Dialektik der amerikanisch-chinesischen Beziehungen: Kooperation und Schelte

Mit Wohlwollen hat das offizielle Beijing den Sieg Reagans im amerikanischen Wahlkampf zur Kenntnis genommen. In einem Artikel der Volkszeitung (RMRB, 6.11.80) wird der Sieg Reagans auf die "Unzufriedenheit der amerikanischen Wählermassen mit den innenpolitischen Krisen und dem Niedergang des internationalen Prestiges der USA" erklärt. Reagan betone die Notwendigkeit einer Stärkung der USA und den Aufbau der nationalen Verteidigung, um auf diese Weise militärische Obermacht über die Sowjetunion zu gewinnen. Ferner wolle er den SALT II-Vertrag neu verhandeln und schließlich den sowjetischen Expansionismus einschränken. RMRB nimmt auch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Reagan seine im August 1979 während des Wahlkampfes geäußerte Absicht, mit Taiwan wieder offizielle Beziehungen aufzunehmen, in der Zwischenzeit offensichtlich stillschweigend beiseite gelegt habe. Mit Reagan habe der amerikanische Konservatismus die Oberhand gewonnen. Beijing ist mit dieser Entwicklung zufrieden. Carters Politik habe sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf außenpolitischem Gebiet versagt (XNA, 11.11.80). Kein Wunder,



daß es zu einem regelrechten "Erdrutsch" gekommen sei (XNA, 11.11.80).

Im Berichtszeitraum ist es auch zu einer Reihe von neuen Abmachungen zwischen beiden Staaten gekommen:

- Am 7. Oktober unterzeichneten beide Seiten ein Abkommen über den Investitionsschutz (XNA, 8.10.80).

- Ebenfalls am 10. Oktober wurden Abkommen über Paketpostverbindungen und über internationale Eilpostverbindungen unterzeichnet, und zwar vom chinesischen Minister für Post- und Telekommunikationswesen (XNA in SWB, 15.10.80).

Am 17. Oktober erklärte der amerikanische Zivilluftfahrt Ausschuss, die US-Fluggesellschaft PanAm habe als erste amerikanische Gesellschaft den Auftrag erhalten, den Flugdienst zwischen den USA und der VR China aufzunehmen. Bereits am 17. September war ein Zivilluftfahrtabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet worden. Von chinesischer Seite wird der Flugdienst durch die CAAC wahrgenommen. Die Fluggesellschaft "China Airlines" (Taiwan) wird ihren Liniendienst zwischen den USA und Taiwan, entsprechend einer nichtamtlichen Vereinbarung, zwischen privaten Organisationen, nämlich dem Amerikanischen Institut auf Taiwan und dem Koordinationsrat Taiwans für Nordamerikanische Angelegenheiten, weiter aufrechterhalten. Die USA erkennen die Flagge von Taiwan nicht als Flagge eines souveränen Staates an, sondern betrachten sie als Kennzeichen der Markierung für ein Flugzeug, das aus Taiwan kommt (BRU 1980, Nr. 44, S.7)

Um eine weitere Verbindung wurde auch die Palette der amerikanisch-chinesischen Städtefreundschaften erweitert: Hangzhou, Chinas traditionelle Kultur- und Tourismusstadt, und das amerikanische Boston, bekannt als "Athen der USA", wurden Schwesterstädte (XNA, 2.10.80).

In den Kelch der Freude fielen freilich auch einige bittere Tropfen: Im Mai 1980 war zwischen der Stadt Guangzhou (Kanton) und Los Angeles ebenfalls ein Städtepartnervertrag abgeschlossen worden, der nun allerdings durch ein Telegramm von chinesischer Seite vom 14. Oktober gekündigt wurde, nachdem der Stadtverordnetenvorsteher von Los Angeles den Vorsitz bei einer Feier geführt hatte, bei der u.a. die Taiwan-Flagge gehißt worden war: Der 10. Oktober ("Doppelzehnte") wird von der Guomindang-Regierung als offizieller Staatsfeiertag begangen. In dem Telegramm aus Guangzhou hieß es, das Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers sei ein "unfreundlicher Akt" gegen die Volksrepublik China und eine Verletzung der Prinzipien des Kommuniqués für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA. Aus diesem Grund könne an eine Städtepartnerschaft nicht länger gedacht werden (XNA, 15.10.80).

Außerdem rief am 15. Oktober Vizeaußenminister Zhang Wenjin den amerikanischen Botschafter in China, Leonard Woodcock, zu sich und überreichte der amerikanischen Seite formell eine Protestnote, in der gegen die Billigung eines Abkommens zwischen zwei nichtamtlichen Organisationen in den USA und auf Taiwan durch die amerikanische Regierung protestiert wurde. Beiden Organisationen und ihren Angestellten waren von amerikanischer Seite diplomatische Privilegien und Immunitäten zuerkannt worden.

Am 21. Oktober eröffnete eine Filiale der "First National Bank of Chicago" in Beijing ein Büro, das erste seiner Art in China.

Am 22. Oktober unterzeichneten der chinesische Außenhandelsminister Li Qiang und der amerikanische Botschafter Woodcock ein Getreidelieferungsabkommen. Danach werden die USA China in den nächsten vier Jahren, beginnend am 1. Januar 1981, jährlich 6-9 Mio.t Getreide liefern. Es handelt sich um das größte Getreidelieferabkommen, das die USA bisher abgeschlossen haben.

China hat in diesem Jahr schon vor Vertragsabschluss 5,7 Mio.t Weizen und 1,8 Mio.t Mais sowie 885.000 t Sojabohnen in den Vereinigten Staaten gekauft.

Das neue Abkommen wird dazu beitragen, die Auswirkungen des amerikanischen Embargos gegen die Sowjetunion auf die amerikanischen Farmer zu mildern. Dieses Embargo bedeutete für die amerikanischen Getreideerzeuger den Verlust von Exporten in Höhe von 17 Mio.t - und dies zu einem Zeitpunkt, da die Sowjetunion gerade wiederum eine Erntekatastrophe hinter sich hat (gegenüber der Planziffer von 235 Mio.t wurden i.J. 1980 nur 181 Mio.t erreicht).

Der beträchtlich höhere Importbedarf Chinas geht auf die neue Landwirtschaftspolitik der Beijinger Führung zurück, die stärkere Diversifizierung des Anbaus fördert, wodurch das Getreide als traditionelles "Kettenglied" seine Bedeutung verliert.

China hat bereits langfristige Vereinbarungen über Getreidelieferungen mit Australien, Kanada, Argentinien und Frankreich getroffen. 1979 hatte China rund 4 Mio.t Getreide in den USA, 2,7 Mio.t in Kanada, 2,7 Mio.t in Australien und 900.000 t in Argentinien gekauft. Es wird erwartet, daß China im gegenwärtigen Finanzjahr 1980/81 Getreide im Wert von über 3,6 Mrd. DM kaufen wird, darunter 6 Mio.t Weizen, 2,5 Mio.t Mais, fast 1 Mio.t Sojabohnen und 2 Mio. Ballen Baumwolle.

Auf Einladung des Beijinger Instituts für Internationale Strategische Studien traf am 10. Oktober in Beijing eine Delegation der Boeing Aero Space Co. ein (XNA, 12.10.80). Boeings Motive für solche Besuche sind klar: Chinas war bisher ein guter Kunde und hat u.a. bereits einen Jumbo vom Typ Boeing 747 erworben. Die Bemühungen der Airbusindustrie um den



China-Markt stören offensichtlich die Kreise von Boeing.

Am 10. Oktober wurde in Beijing ein Abkommen über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der China International Trust and Investment Corp. und der Bank of America unterzeichnet. Nach diesem Abkommen wird die BoA die CITIC auf verschiedene Art und Weise bei der Hereinnahme und Verwendung ausländischer Investitionen unterstützen und ihr bei der Einführung fortgeschrittener Technologie und moderner Ausrüstungen behilflich sein. Beide Seiten sind darin übereingekommen, einander bei der Aufbringung finanzieller Mittel und deren Verwendung sowohl hinsichtlich der Projekte als auch anderer direkter geschäftlicher Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten die geeignetsten und günstigsten Möglichkeiten einzuräumen. Die Bank of America ist schließlich bereit, der CITIC bei der Heranbildung von Führungskräften zu helfen (XNA, 10.10.80).

-we-

## ASIEN

### (6) 11. China-Besuch des birmanischen Staatspräsidenten U Ne Win

Vom 20.- 25. Oktober besuchte der seit 1962 an der Spitze des birmanischen Staates stehende Präsident Ne Win bereits zum 11. Mal die VR China und traf mit den Spitzen von Staat und Partei, Hua Guofeng, Ye Jianying, Deng Xiaoping, Li Xiannian und Zhao Ziyang, zusammen.

Es ist wohl kein Zufall, daß der Zeitpunkt des Besuchs zwanzig Jahre nach Abschluß des Grenzvertrags zwischen beiden Ländern lag. Dieser Grenzvertrag war seinerzeit am 1. Oktober 1960 geschlossen worden (der Text ist abgedruckt in "Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 1: Süd- und Ostasien", bearbeitet im Institut für Asienkunde Hamburg, Band XII/1 der Schriften des Instituts für Asienkunde, Frankfurt/Berlin 1962, S. 23 ff.). Birma ist für Beijing in vielerlei Hinsicht nützlich; u.a. dient es neustens als Überfluggebiet für chinesische Zivilflugzeuge, die zwischen Guangzhou (Kanton) und Bangkok verkehren: Die Route über Vietnam, Laos und Kambodscha wird hierbei von den Chinesen sorgfältig vermieden.

Was die Kambodscha-Frage anbelangt, so sucht Birma soweit wie möglich seinen neutralen Kurs beizubehalten. So war der Vertreter Birmas beispielsweise abwesend, als es am 15. Oktober um die Abstimmung darüber ging, ob die DK- oder die VRK-Regierung weiterhin Kambodscha bei der UNO vertreten soll. Andererseits steht die birmanische Regierung hinter der Auffassung der ASEAN-Länder, daß sämtliche fremde Truppen aus Kambodscha zurückgezogen werden müßten. Birma stellte sich auf die Seite Thailands, als viet-

namesische Truppen auf dessen Territorium übergriffen. Als vietnamesische Truppen Anfang 1979 in Kambodscha einmarschierten, stattete Ne Win Thailand einen dreitägigen Freundschaftsbesuch ab und brachte damit seine Haltung deutlich zum Ausdruck.

Die Chinesen befleißigen sich jedesmal der artigsten Umgangsformen, wenn Ne Win bei ihnen vorspricht. Auch diesmal wurde er mit allen Ehren gefeiert (Berichte in XNA, 21. und 22.10.80).

Der Besuch in Beijing war für die sowjetische und die vietnamesische Presse ein Anlaß, um erneut auf Beijings antibirmanische Aktivitäten hinzuweisen. Die sowjetische Wochenschrift "Nowoje Wremja" schreibt, Beijings andauernde aktive Unterstützung der regierungsfeindlichen Rebellen in Birma sei auf den chinesischen Wunsch zurückzuführen, "Birma in ein Sprungbrett für den chinesischen Expansionismus in Südostasien zu verwandeln". Der Druck auf Birma habe sich in den letzten 1 - 1 1/2 Jahren, d.h. nach dem "Fiasko des Beijinger Marionettenregimes in Kambodscha und dem Fehlschlag der chinesischen Aggression gegen Vietnam, wesentlich verschärft". China bediene sich einiger "Rebellentruppen" als "fügsamer Werkzeuge" (TASS, engl., 2.10.80). Auch die vietnamesische Parteizeitung "Nhan Dan" weist auf "Destabilisierungs"-Maßnahmen Beijings gegen Birma hin (in SWB, 23.10.80).

Die Rebellenaufstände machen der birmanischen Regierung schwer zu schaffen und fressen ein Drittel des Staathaushaltes auf: Immer wieder sind ja Counter-Insurgency-Maßnahmen zu treffen; so beispielsweise startete die birmanische Armee im November 1979 eine Offensive gegen kommunistische Basen zwischen dem Salween-Fluß und der chinesischen Grenze. In diesem dünnbesiedelten Gebiet haben die Aufständischen während der letzten zwei Jahrzehnte ihre Basen errichtet und logistische Linien nach China hin entwickelt. Z.Zt. rechnet man mit einer Guerillastärke von 14.000 Mann (dies wäre eine Verdoppelung seit 1975). Die birmanische Armee umfaßt demgegenüber rund 160.000 Mann. Offensichtlich ist die Aktion vom November 1979 verlustreich verlaufen. Man spricht von 500 Toten und 2000 Verwundeten auf Regierungsseite.

Anfang 1980 sind die Aufständischen, weit davon entfernt, sich geschlagen zu geben, sogar zum Gegenangriff übergegangen: Am 3. April überrannten sie Mu-se, eine Stadt im Gebiet der Shan, die an einem birmanischen-chinesischen Fluß liegt. Dort verläuft auch die Birma-Straße, die während des Zweiten Weltkriegs als Versorgungsroute für die damalige Chiang-Kai-shek-Armee in Chongqing gedacht war. Die Stadt wurde von den Aufständischen allerdings nach zwei Tagen wieder geräumt. Am 4. Juli 1980 nahmen die Aufständischen das Hauptquartier einer Regierungsbrigade im östliche Shan-Staat in Besitz und hielten sich dort drei Tage lang. Es ist be-



zeichnend für die Politik der birmanischen Regierung, daß aus solchen Aktionen kein großes Aufheben gemacht wird und daß die erbitterten Kämpfe in der Weltpresse unbeachtet bleiben. Umso mehr dürfte Ne Win darum bemüht sein, den Chinesen Konzessionen in der Aufständischen-Flagge abzurufen.

Der kommunistische Aufstand ist unbequem, aber bei weitem nicht der gefährlichste innenpolitische Konflikt. Seit zwei Jahrzehnten kämpfen die Regierungstruppen gegen drei ethnische Gruppen von Aufständigen, nämlich die Kachin, die Shan und die Karen, deren Rebellenarmeen 3000 bzw. je 1500 Mann (bei den Shan und Karen) betragen.

Die gegenwärtige Situation in Birma wird noch dadurch kompliziert, daß sich offensichtlich neuerdings Vietnam als Unterstützer der kommunistischen Aufständischen in Birma anbietet, und zwar in dem Maße, in dem Beijing sich zurückzieht. Die chinesischen Kommunisten befinden sich dadurch in einer etwas zweideutigen Situation: Auf der einen Seite möchten sie im Interesse der Annäherung an Rangoon ihre langjährige Unterstützungspolitik aufgeben, andererseits müssen sie befürchten, daß das von ihnen im Falle des Rückzugs hinterlassene Vakuum sofort von Vietnam aufgefüllt würde.

Sollte es zu einem stärkeren vietnamesischen Engagement kommen (dazu im einzelnen "The Australian", 24.9.80), so müßte sich die Weiße-Flagge-Armee erneut dislozieren: Die Kommunistische Partei begann ihre Aufstände gegen die Regierung schon bald nach der Unabhängigkeit im Jahre 1947. Zunächst konzentrierte sie sich auf den Pegu Yoma, eine Gebirgsgegend rund 200 km nördlich der Hauptstadt. 1975 jedoch zogen sich die Verbände in einem Langen Marsch nach Nordosten zurück, wo sie sich - nahe der chinesischen Grenze, über die sie jederzeit ausweichen konnten - sicherer fühlten. Würde sich die Weiße Flagge künftig stärker auf Vietnam verlassen, so müßte sie weiter nach Südosten ziehen und sich entlang der birmanisch-laotischen Grenze festsetzen.

China spielt in der Zwischenzeit immer entschlossener die Ne-Win-Karte und applaudiert u.a. dessen Bemühungen um innenpolitische Stabilität. Bezeichnend ist der Bericht über die Erfolge der birmanischen Erziehungspolitik und der Alphabetisierungskampagnen in den letzten Jahren (XNA, 21.10.80). Beijing applaudiert auch der Politik der "Sechs Rs": Reformation of the Clergy, Reconciliation of Former Political Foes, Containment of Rebellion in the Countryside, Recognition of certain Individuals, Restrictions on Citizenship and Rejuvenation of an Ailing Economy (Nachweise in Aktueller Informationsdienst Asien und Südpazifik, herausgegeben von Institut für Asienkunde, Hamburg 1980, Nr.22, S.22). Um andererseits gegenüber

vietnamesischen Unterstützungsbemühungen nicht allzu viel Raum zu verlieren, bemüht sich Beijing offensichtlich, seinen Kontakt zur Weißen Flagge nicht ganz abzubrechen.

-we-

### (7) Kämpfen chinesische Militärberater als kambodschanische Staatsangehörige auf der Seite des Demokratischen Kampuchea?

Die taiwanische Zeitschrift "Zhonggong Yanjiu" hat in ihrer Oktober-Nummer ein Faksimile der von der ZK-Abteilung für Verbindungen mit dem Ausland erstellten Niederschrift einer Rede abgedruckt, die am 16. Januar 1979 vom Mitglied des Politbüros und Generalsekretär der ZK-Militärkommission Geng Biao gehalten wurde. Die Rede trägt den Titel "Bericht über die Lage auf der indochinesischen Halbinsel" und hat den dritten Indochina-Konflikt zum Inhalt. In seiner Rede berichtete Geng Biao, daß zur Zeit des vietnamesischen Einmarsches in Kambodscha Ende 1978 mehr als 1.500 chinesische Militärberater der Armee des Demokratischen Kampuchea zur Seite gestanden hätten. Ende 1978 habe das chinesische Außenministerium den Abzug aller chinesischen Berater aus Kambodscha angeordnet. Da das Ende der Regierung Pol Pot jedoch unerwartet schnell gekommen sei, sei es vielen chinesischen Beratern nicht gelungen, rechtzeitig Kambodscha zu verlassen. Gegenwärtig (d.h. im Januar 1979) seien die zurückgebliebenen Berater nach wie vor in Kambodscha und hätten bereits allesamt "freiwillig" die chinesische Staatsbürgerschaft aufgegeben und die kambodschanische Staatsbürgerschaft angenommen. Aus diesem Grund lehnten sie die Anordnung des chinesischen Außenministeriums nach Rückzug ab und beteiligten sich "freiwillig" am Kampf gegen die Vietnamesen und für die "Rettung" von Kambodscha. Geng Biao betonte, daß die chinesische Seite keine Möglichkeit sehe, das Vorgehen der chinesischen Militärberater in Kambodscha zu verhindern. Man propagiere zwar nicht das Prinzip, daß hinter dieser Vorgehensweise stecke, aber man werde auch nichts dagegen unternehmen oder es zu behindern versuchen (Zhonggong Yanjiu, Oktober 1980, S.152-153).

Im Schlußteil seiner Rede betonte Geng Biao, daß die Volksrepublik China die Regierung des Demokratischen Kampuchea weiterhin entschlossen unterstützen werde, egal welche Fehler die Kommunistische Partei Kampuchreas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea in der Vergangenheit begangen habe: "Die Kommunistische Partei Kampuchreas ist unsere Bruderpartei... Ihr Kampf ist auch unser Kampf, und ihre Siege sind auch unsere Siege... Egal, wie langwierig und teuer es sein wird, wir werden sie bis zuletzt unterstützen." (ebenda, S.159)

-sch-



## **(8) Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten in China: Obereinstimmung nach außen; Meinungsverschiedenheiten in der Kambodscha-Frage?**

Vom 27.- 31. Oktober besuchte der thailändische Premier, General Prem Tinsulanon, die VR China und traf dort mit den Spitzen der Führung zusammen. Der thailändischen Regierung ging es darum, mit den neuen Mitgliedern der chinesischen Regierung, vor allem mit Ministerpräsident Zhao Ziyang, die wichtigsten beide Seiten berührenden Fragen abzuklären. Ein weiterer Themenbereich stand auf dem Programm.

a) Bilaterale Beziehungen: Angesprochen wurde das Problem der laotischen und kambodschanischen Flüchtlinge auf thailändischem Boden, soweit sie chinesischer Abstammung sind. China habe seinen Willen bekundet, diese Flüchtlinge auf seinem Boden zu beherbergen, wenn entsprechende Wünsche geäußert würden.

Ferner wurden auf der Ebene der Agrarminister Fragen des bilateralen Reis- und Kautschukhandels behandelt.

Die Verkehrsminister diskutierten die beiderseitigen Flugverbindungen. Vor allem strebt Bangkok zugunsten der Thai International Airways nach weiteren Landungspunkten in China. Schließlich einigten sich beide Seiten darauf, daß China Thailand in Zukunft wieder mehr Öl liefern wolle, und zwar 750.000 t Rohöl und 250.000 t Dieselöl zum "Freundschaftspreis" (Bangkok Nation Review in SWB, 31.10.80).

Zur Sprache kam auch die heikle Frage der Unterstützung der KPT durch China, und zwar sowohl bei den Gesprächen Prens mit Zhao Ziyang als auch mit Deng Xiaoping. Der thailändische Außenminister Sitthi Sawetsila gab vor der Presse allerdings bekannt, daß man Einzelheiten dieser Gespräche nicht bekanntgeben wolle (ebenda). Das zwielfichtige Verhalten Chinas in dieser Frage (die linke Hand der Regierung solle so tun als ob sie nicht wüßte, was die rechte Hand der Partei anstellt) bereitet in der täglichen Außenpolitik immer größere Schwierigkeiten (Näheres dazu C.a., September 1980, S.781).

b) An prominenter Stelle stand die Kambodscha-Frage. Hier kam es zu Differenzen zwischen beiden Parteien, die allerdings beiderseits heruntergespielt wurden. Ministerpräsident Zhao Ziyang erklärte, der vollständige Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha sei der Schlüssel für die Lösung des Problems. Ohne einen solchen totalen Abzug sei eine politische Lösung der Kambodscha-Frage nicht möglich und könnten die Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität Kambodschas nicht gesichert werden.

Ministerpräsident Prem betonte demgegenüber, daß eine politische Lösung angestrebt werden

müsse, die auf der Grundlage der Respektierung des Willens der kambodschanischen Bevölkerung und der Sicherung des Friedens und der Stabilität in Südostasien beruhe. Prem geht also m.a.W. nicht vom vollständigen Abzug aller vietnamesischen Truppen aus (XNA, 28.10.80).

Radio Djakarta (SWB, 31.10.80) liegt wohl mit dem Hinweis richtig, daß der Unterschied zwischen beiden Standpunkten darin bestehe, daß China in der Rückzugsfrage kompromißlos sei, während Thailand im Gegenteil den Kompromiß suche. Thailand stehe mit diesem Kompromißwillen nicht alleine, sondern vertrete insofern die gesamte ASEAN.

Der ASEAN-Standpunkt war durch zwei UNO-Beschlüsse im Oktober bekräftigt worden, nämlich einmal durch den Beschluß vom 15. Oktober, nachdem (bei einem Stimmenverhältnis von 34 zu 35 und 34 Enthaltungen) die Weltversammlung für die DK-Vertretung bei der UNO gestimmt hatte, und weiterhin durch den Beschluß vom 22. Oktober, bei dem ein 6-Punkte-Plan der ASEAN zur Lösung der Kambodscha-Frage angenommen wurde. Diese sechs Punkte laufen auf folgende Einzelheiten hinaus:

- Rückzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha innerhalb einer bestimmten Zeit, wobei der Rückzugswille von der UNO verifiziert werden soll;
- Hilfestellung der UNO während des Rückzugs, und zwar in drei Formen: Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und Maßnahmen gegen äußere Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Kambodschas;
- Freie Wahlen in Kambodscha unter Aufsicht der UNO;
- Maßnahmen gegen weitere Einmischung irgendwelcher ausländischen Streitkräfte in die kambodschanischen Angelegenheiten;
- Garantien dafür, daß ein unabhängiges und souveränes Kambodscha nicht mehr von seinen Nachbarn bedroht werden kann und
- Garantien für die Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Integrität und Neutralität Kambodschas.

Sobald diese sechs Punkte verwirklicht seien, wolle die ASEAN alles unternehmen, um sämtliche Staaten Südostasiens, einschließlich Vietnams, in eine Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität in Südostasien einzubringen. Auch sollen dann Programme für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung von Kambodscha, Laos und Vietnam ausgearbeitet werden.

Um diese Einzelheiten, die zu einer wirklich soliden Lösung der Probleme führen würden, zu realisieren, solle eine internationale Konferenz stattfinden (Bangkok Post, 8.10.80).

Dieser UNO-Beschluß wurde von Vietnam, der VRK und Laos abgelehnt: Die Situation in Kambodscha könne nicht einfach durch eine Abstimmung geändert werden.



China andererseits hieß den Plan gut und versprach auch - durch den Mund des chinesischen Ministerpräsidenten - mehrere Male, daß es nach dem Abzug der vietnamesischen Streitkräfte eine Garantie für die Souveränität Kambodschas und gegen jedwede Einmischung in dessen innere Angelegenheiten abgeben werde (XNA, 27., 28. und 29.10.80).

Angesprochen wurde von beiden Seiten auch die Frage, wer künftig das Oberhaupt einer neuen Regierung in Kambodscha sein sollte. Die chinesische Regierung stehe dem Gedanken einer neuen Regierungsmannschaft positiv gegenüber (so der Kommentar Prems vor der Presse) (Radio Bangkok in SWB, 3.11.80). Sihanouk komme für einen solchen Posten aber höchstwahrscheinlich schon deshalb nicht in Betracht, weil er dafür offensichtlich selbst nicht kandidieren wolle. Bekannt sei ja sein Standpunkt, unter keinen Umständen mit Pol Pot oder anderen Spitzenleuten des früheren Khmer-Rouge-Regimes zusammenzuarbeiten. Ganz ohne diese Personen könne aber eine neue Regierung nicht aufgebaut werden.

Solche Ausführungen liest man nicht ohne Erstaunen: Soll eigentlich das kambodschanische Volk oder aber eine auswärtige Macht über die künftige Regierung entscheiden? Genau an dieser Stelle auch hakte der vietnamesische Kommentar (Radio Hanoi in SWB, 3.11.80) ein: Das chinesisch-thailändische Treffen habe hauptsächlich dem Zweck gedient, über eine neue Führung in Kambodscha zu beraten und das jetzige Khmer-Rouge-Regime in seinem Image aufzubessern.

China erklärte auch erneut feierlich: "Wenn die vietnamesischen Behörden Thailand ein weiteres Mal mit militärischer Gewalt überfallen, wird China entschieden auf der Seite Thailands stehen. Hanoi hat schon verstanden, daß das chinesische Volk zu seinem Wort steht" (BRU 1980, Nr.45, S.12).

Hanoi (Radio Hanoi in SWB, 29.10.80) sah einen weiteren Zweck des Prem-Besuches darin, daß Thailand in Zukunft seine Hilfe für die "Khmer-Reaktionäre" verstärken werde. Doch betreibe Thailand hier ein "Verliererspiel". Anfang November gab Bangkok bekannt, daß es künftig die Luft- und Seetransporte in die VRK strikter kontrollieren werde. Diese Absicht wurde gegenüber den Vertretern von UNICEF, dem Internationalen Roten Kreuz, dem World Food Program, dem UNHCR und anderen Organisationen bekundet. Sämtliche Hilfslieferungen, die per Airlift von thailändischem Boden aus nach Kambodscha gebracht werden sollen, seien künftig ein bis zwei Tage vorher bei den Behörden anzumelden (XNA, 6.11.80).

Viel Aufhebens machte die chinesische Presse während des Berichtszeitraums von den Bewegungen sowjetischer Schiffe im Golf von Thailand. Ende Oktober seien dort vier sowjetische Kriegsschiffe aufgetaucht, u.a. der Flugzeugträger "Minsk" (XNA, 3.11.80). Der "Polarbär" greife nach dem "Golf von Thailand" und arbeite

hierbei mit den vietnamesischen Behörden zusammen (XNA, 6.11.80). Überall versuche die sowjetische Flotte, heute Flagge, zu zeigen. Die Schiffsbewegungen hingen mit der Benutzung des Cam Ranh-Hafens zusammen. Die Zahl der sowjetischen Schiffe, die für Einsätze im Südchinesischen Meer bestimmt sind, habe sich auf dreißig erhöht. Damit habe sich die Anzahl gegenüber 1979 verdoppelt. Auch die Zahl der sowjetischen Aufklärungsflugzeuge habe zugenommen (XNA, 30.10.80). Dadurch werde u.a. die Sicherheit Thailands bedroht.

-we-

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

### (9) China tritt den beiden Konventionen gegen Luftpiraterie bei

Im Dezember 1970 war in Den Haag eine "Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft" und im September 1971 eine "Convention for Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation" unterzeichnet worden. Bisher hatten über hundert Länder beide Konventionen unterzeichnet. China hat mit der Entführung von Zivilflugzeugen bisher zwar noch keine Erfahrungen machen müssen, doch zeigt gerade der Vorfall im Hauptbahnhof von Beijing im Oktober 1980, daß terroristische Akte, u.a. gegen die Zivilluftfahrt, nicht auszuschließen sind, zumal die chinesische Luftlinie immer mehr Starts und Landungen aufzuweisen hat. Wohl aus dieser Überlegung heraus hat sich Beijing entschlossen, beiden Konventionen beizutreten, obwohl diese vorher bereits von der Regierung in Taipei unterzeichnet worden waren. Bei der Beitrittsunterzeichnung erklärte die chinesische Regierung die Unterschrift der "Taiwan-Behörden" für null und nichtig. Die chinesische Regierung erklärte auch, daß sie sich nicht durch den §1, Art.12 der Haager Konvention und durch §1, Art.14 der Montrealer Konvention gebunden fühle, welche beide festlegen, daß irgendwelche Rechtsstreitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit beiden Konventionen ergeben und die nicht durch freundschaftliche Verhandlungen geklärt werden können, der Arbitrage oder dem Internationalen Gerichtshof unterworfen werden sollen (XNA, 15.10.80).

Die grundsätzliche Ablehnung von Luftpiraterie durch China ist keine neue Entwicklung; vielmehr hat die Beijinger Regierung solche Akte immer als "Abenteurertum" verurteilt. Beijing hatte auch bereits 1978 die Tokyo-Konvention unterzeichnet, die sich gegen Verbrechen an Bord von Flugzeugen ausspricht.

-we-



**AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA****(10) Keine Geschenke mehr an Chinesen**

Die chinesische Zentrale hat neue Regeln verabschiedet, die bislang nur intern veröffentlicht sind, nach denen Chinesen von Ausländern keine Geschenke mehr annehmen dürfen; ausgenommen sind bislang lediglich wenige Spitzenfunktionäre von Staat und Partei. Selbst sie müssen die entgegengenommenen Geschenke an den Staat weiterleiten. Nach dem Inhalt dieser sechs Bestimmungen dürfen alle diejenigen Chinesen, die Kontakte mit ausländischen Geschäftsleuten oder Besuchern haben, weiterhin kleine Geschenke von ungefähr gleichem Wert austauschen. Die Bestimmungen bestehen jedoch darauf, daß andere Geschenke nicht akzeptiert werden und daß diejenigen Geschenke, die nicht zurückgewiesen werden können, an den Staat abgeführt werden müssen. Technische Unterlagen und Souvenirs sowie Musterstücke werden nicht als Geschenke bewertet. Die neuen Bestimmungen setzen die bisherigen Regeln außer Kraft, nach denen Einzelpersonen kleine Gegenstände behalten durften, während sie wertvolle Geschenke an ihre Einheiten abgeben mußten, die diese dann an ihre Angestellten zu niedrigen Preisen verkauft haben. Gleichfalls wird es in Zukunft verboten sein, Ausländer um kleine Gefallen zu bitten, wie z.B. schwer zu bekommende Waren für Chinesen zu kaufen.

Mit diesen Bestimmungen soll offensichtlich dem wachsenden Geschenkeaustausch durch ausländische Kaufleute ein Riegel vorgeschoben werden. Parallel dazu hatten viele chinesische Verhandlungspartner ebenfalls eine sehr einnehmende Haltung gegenüber diesen Geschenken eingenommen. So berichtet ein Schweizer Geschäftsmann, daß er durch Chinesen, die er eingeladen hatte, informiert worden sei: "Sie müssen uns nicht die teuersten Uhren zukommen lassen; geben Sie uns einfach diejenigen von einem mittleren Preisniveau, sonst müssen wir sie an die Einheit abgeben."

Die Frage der Geschenke wurde ebenfalls auf der Sitzung des Nationalen Volkskongresses Ende August d.J. diskutiert. Ein Delegierter berichtete, daß ein japanischer Firmenchef teure Geschenke an einige Dutzend Spitzenfunktionäre der Chinesen ausgeteilt habe, einschließlich fast jedes stellvertretenden Ministerpräsidenten, daß aber nur fünf Leute die erhaltenen Geschenke dem Staat weitergeleitet hätten (AWSJ, 27.9.80).

-ga-

**INNENPOLITIK****(11) Neue Deng-Rede:  
Drei Maßnahmen zur Beschleunigung  
der Modernisierung und sechs  
Systemreformen**

Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift

Zhing Bao hat in ihrer Oktober-Nummer (S.6-9) die Niederschrift einer nicht näher datierten Rede von Deng Xiaoping veröffentlicht, die nach der Ansprache Hua Guofengs auf der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (7.9.80) intern in Umlauf gesetzt worden ist. Zum ersten Mal sprach der Protagonist des nachmaoistischen Kurses offen von der Notwendigkeit von Systemreformen und verwendete den Großteil seiner Rede darauf, dieses ausführlich zu begründen. Diese Rede Deng Xiaopings ist im folgenden inhaltlich zusammengefaßt worden:

**1. Drei Maßnahmen zur Beschleunigung der Modernisierung**

1.1. Beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte, d.h. Wirtschaftsaufbau und Produktionssteigerung, und Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensstandards des Volkes.

1.2. Entwicklung demokratischer Verhältnisse, damit "garantiert wird, daß das ganze Volk vermittels verschiedener Formen den Staat wirklich kontrolliert".

1.3. Die Lösung des Problems der überall anzutreffenden Überalterung der Führungsorgane aller Ebenen ist "dringend erforderlich". Die gegenwärtige Hauptaufgabe besteht darin, jüngere befähigte Kader mutig und unkonventionell auf Führungspositionen zu befördern. Bei der Auswahl der Nachfolger muß auf deren fachliche Fähigkeiten und politische Integrität (Anerkennung des sozialistischen Weges und der Führung durch die KPCh) geachtet werden. Bei der Verbesserung des Kaderkontingents müssen folgende drei Punkte beachtet werden:

1. Verjüngung;
2. bessere Ausbildung;
3. Spezialisierung.

**2 Die Notwendigkeit von Systemreformen**

Deng Xiaoping betonte zwar die Notwendigkeit der Ausrottung feudalistischer Überbleibsel und Einflüsse zum Kampf gegen Bürokratismus und patriachalisches Denken sowie die Notwendigkeit der Kritik der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie im Kampf gegen Individualismus und Anarchismus, doch er stellte gleichzeitig klar, daß diese Maßnahmen allein nicht ausreichen würden, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen. So sei der gegenwärtige Bürokratismus keineswegs nur ein Produkt der feudalistischen Vergangenheit der VRCh, sondern er weise durchaus ihm eigene Besonderheiten auf, die mit dem Bürokratismus im alten China ebensowenig zu tun hätten wie mit dem Bürokratismus in den kapitalistischen Staaten. Die Ursachen des heutigen Bürokratismus lägen vielmehr (hauptsächlich) in dem überzentralisierten Planungs- und Verwaltungssystem von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft, das man eine lange Zeit (fälschlicherweise) als eine notwendige Eigenschaft des sozialistischen Systems betrachtet habe.